

wir im Rahmen der uns verbliebenen Möglichkeiten unsere Museen neu gestalten. Auch das weit über die Grenzen unseres Landes hinaus berühmte Theater- und Musikleben wird noch stärker als bisher gefördert werden. Daß das Volk auch in dieser Notzeit den Wert der Kunst würdigt, wird durch die unter den schwierigsten Verhältnissen geschaffene Volksbühne ebenso bewiesen, wie durch die bereitwillige Aufnahme der auf das Land verlagerten künstlerischen Darbietungen. Das soll uns Ansporn sein, diese durch den Krieg erzwungene Notmaßnahme planvoll zu einer dauernden Einrichtung durchzubilden. Die Programmgestaltung der Theater und Konzertsäle muß von der hohen Verpflichtung getragen sein, dem Volke durch wahre Kunst die Gedanken der Humanität und Völkerverständigung nahezubringen. Alle dieser Aufgabe dienenden künstlerischen und kulturellen Bestrebungen wird die Regierung unterstützen.

Der Rechtspflege kommt im Rahmen des demokratischen Neuaufbaues eine stets wachsende Bedeutung zu. Sie hat dabei große Schwierigkeiten zu überwinden, die sich aus der geringen Zahl der zur Verfügung stehenden Richter, Staatsanwälte und Rechtsanwälte ergeben. Dazu kommt, daß sich unter dem Einflusse der Kriegswirren und der Notzeit die Straf- und Zivilsachen erheblich vermehrt haben.

Daß es trotz dieser Schwierigkeiten gelungen ist, die Rechtspflege im wesentlichen aufrechtzuerhalten, beruht neben dem pflichtbewußten Einsatz aller Justizangestellten auf der umfangreichen freiwilligen Ausübung richterlicher und staatsanwaltlicher Tätigkeit durch die Rechtsanwälte. Weil die Rechtspflege mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen hat, ist es doppelt notwendig, daß sie sich den klaren Blick dafür wahrt, welche Aufgaben von vordringlicher Bedeutung für uns sind und deshalb auch bei der Rechtspflege im Vordergrund stehen müssen. Dies sind die Aburteilung der Verbrechen gegen die Menschlichkeit (Sehr wahr!), wozu jetzt nachdem schon besprochenen Befehl Nr. 201 die Aburteilung der Nazi-Aktivisten auf Grund der Kontrollrats-Direktive Nr. 38 kommt, (Sehr richtig!), und der Kampf gegen die Schieber, Schwarzhändler und ähnliche korrupte Elemente, die den gesunden Aufbau unseres Wirtschaftslebens und die Versorgung der Bevölkerung gefährden (Sehr richtig!). Auf diesen Gebieten muß auch die Rechtspflege die in dieser Regierungserklärung festgelegten Grundsätze zur Richtschnur ihres Handelns machen und in allen Fällen so rasch wie möglich und mit der unnachsichtlichen Härte durchgreifen. (Sehr notwendig!), die allein unseren Aufbau gegen alle Störungsversuche zu sichern vermag. Um dem großen Mangel an Fachkräften abzu helfen, bildet die Justizverwaltung antifaschistisch-demokratische Männer und Frauen, die von den politischen Parteiorganisationen vorgeschlagen werden, in verkürzten Lehrgängen zu Richtern und Staatsanwälten aus. Wir können mit Befriedigung feststellen, daß die bisher eingesetzten Volksrichter die in sie gesetzten Erwartungen vollauf erfüllt haben (Sehr richtig!). Durch einen Gesetzentwurf, der dem Landtag bereits vorliegt, werden die Volksrichter nun auch formal den akademisch vorgebildeten Juristen gleichgestellt (Sehr gut!).

Ganz besondere Aufmerksamkeit wird die Regierung der Frage des Strafvollzuges zuwenden, der grundsätzlich umgestaltet werden soll. Auch auf diesem Gebiet sind große Schwierigkeiten vorhanden. Einige Gefängnisse sind zerstört, andere der Verfügung der Justizverwaltung entzogen. Vor allem aber besteht ein sehr erheblicher Mangel an geeignetem, ausreichend vorgebildetem Personal. Beabsichtigt ist, den Strafvollzug in steigendem Maße in den Dienst der Arbeit für die Allgemeinheit und für den Wiederaufbau zu stellen (Sehr gut!).

Die vom Justizministerium durchgeführten Besprechungen mit den Parteien und mit der gesamten Presse haben sich bewährt und werden fortgesetzt. Die Regierung begrüßt jede Kritik, die das Ziel hat, die Verbundenheit

zwischen Rechtspflege und Volk zu fördern. Die Rechtspflege muß das Vertrauen des ganzen Volkes gewinnen und von ihm getragen werden. Nur dann können die verfassungsmäßig festgelegten oder nach dem Geist und Sinn der Verfassung notwendigen Gesetzesänderungen, die demnächst den Landtag in sehr umfassender Weise beschäftigen werden, zur vollen Auswirkung für unseren demokratischen Aufbau gelangen. Die Einheit des Rechtes ist eine feste Klammer für die Einheit Deutschlands. (Sehr richtig!) Deshalb wird die Regierung alles tun, um die Einheitlichkeit der Gesetzgebung und der Rechtspflege innerhalb der Ostzone und in ganz Deutschland zu fördern. (Sehr richtig! Sehr gut!)

Meine Damen und Herren! Die Grundlage für die Ordnung unseres Staatswesens nach den Wirren und Zerstörungen des Krieges bildet eine gesunde Finanzpolitik. Bei der Beschaffung der Mittel für die dringenden Staatsaufgaben ist die Regierung nach wie vor überwiegend auf die Einnahmen aus den direkten und indirekten Steuern angewiesen, da die Erträge aus Landesvermögen verhältnismäßig gering sind.

Die Schaffung der wirtschaftlichen und kulturellen Grundlagen unseres Aufbaues fordert von uns nicht nur ein Höchstmaß von Verantwortungsgefühl und persönlicher Initiative, sondern auch große finanzielle Hilfeleistungen für die Wirtschaft. Die Finanzverwaltung läßt sich eine sorgfältige, gleichmäßige und gerechte Steuererhebung nach demokratischen Grundsätzen und unter Rechtsschutz der Pflichtigen angelegen sein und ist bemüht, die Steuerbelastung mit der Leistungsfähigkeit der Wirtschaft und des einzelnen in Einklang zu halten. Die Aufgaben der Sozialfürsorge erfordern in steigendem Maße die Bereitstellung von Haushaltsmitteln, mit deren Hilfe die größten Härten gemildert werden. Für den Landeshaushalt und die Gemeindehaushalte, die für das Rechnungsjahr 1947/48 noch durch das System der Überschufabführung und der Gewährung von Dotationen zunächst weiter verkoppelt bleiben, ist erreicht worden, daß wieder der Jahresetat die Grundlage der gesamten Haushaltswirtschaft bildet und daß Vierteljahrespläne nur noch in einfachster Form als Teile des Jahresplanes aufgestellt werden müssen. Auch die Belassung der Überschüsse nach Ablieferung einer bestimmten Summe setzt uns in die Lage, selbständiger zu wirtschaften und Ersparnisse und Überschüsse im Haushalt für wichtige öffentliche Aufgaben bereitzustellen.

Die Besserung der Finanzlage der Gemeinden und die allmähliche Bereinigung ihrer Schulden aus der Übergangszeit nach dem Zusammenbruch bleibt Gegenstand besonderer Sorge der Regierung. Der Lastenausgleich für die Gemeinden soll eine neue Grundlage erhalten, wobei auch erstrebt wird, mit Unterstützung des Landes die Finanzierung des Wiederaufbaues zerstörter Städte zu erleichtern. (Sehr gut!)

In zahlreichen Wirtschaftszweigen zeigen die Preise bedenkliche Erscheinungen, die eine Verschärfung der Preisüberwachung notwendig machen. Die Preisämter müssen von allen Stellen der Landesregierung wirksam unterstützt werden. Ich appelliere aber auch an die Wachsamkeit jedes Einzelnen, an die Wachsamkeit der demokratischen Organisationen, dafür zu sorgen, daß die arbeitende Bevölkerung die verfügbaren Waren nicht mit Überpreisen bezahlen muß. Das Problem der Preisbildung erfordert unsere ganze Aufmerksamkeit. Die Preispolitik muß der Rentabilität der Wirtschaft Rechnung tragen, und sie muß bei der Wirtschaftsplanung stärker als bisher Berücksichtigung finden. Das Verfahren der Entscheidung über Preisgenehmigungen bedarf der Vereinfachung insbesondere durch Verkürzung des Instanzenweges. (Sehr gut!) Die Regierung muß in die Lage versetzt werden, auf Grund allgemeiner Richtlinien in möglichst weitem Umfange selbständig Entscheidungen zu treffen. Das Mißverhältnis zwischen verfügbarer Gütermenge und